

Appell für ein Abschiebungsmoratorium in der der Pandemie

Ein schwieriges Jahr liegt hinter uns. Viele Menschen sind am Virus erkrankt oder gestorben. Unser Leben hat sich verändert. Einzelne Branchen der Wirtschaft sind angeschlagen, unsere Schulen und Kindergärten sind immer wieder geschlossen oder im Notbetrieb, Teile des Kulturbetriebes liegen am Boden.

Seit Monaten sind wir aufgerufen, uns aktiv am Schutz von Gesundheit und Leben ALLER Menschen in unserer Gesellschaft zu beteiligen. Doch die Pandemie und ihre Folgen treffen nicht alle Menschen gleichermaßen. Soziale Ungleichheiten, die bereits zuvor bestanden, werden durch die Covid-19-Pandemie verschärft. Wir stemmen uns gemeinsam gegen die Ausbreitung des Corona-Virus. Solidarität und Rücksichtnahme sind in diesem Kontext häufig verwendete Begriffe. Immer wieder ruft uns unsere Regierung zu Achtsamkeit, Solidarität und Rücksichtnahme auf und auch dazu, keine unnötigen Reisen anzutreten.

Doch gleichzeitig wird abgeschoben mitten in der Pandemie, in Hochinzidenzländer wie Afghanistan oder den Iran, nach Pakistan, Äthiopien oder nach Westafrika. Auch überlastete europäische Länder wie Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Italien oder Spanien sind Zielgebiete.

Bei den Betroffenen verstärkt diese Dauerbedrohung einer Abschiebung Depressionen und Hoffnungslosigkeit, führt immer wieder auch zu Suizidversuchen oder Selbstmorden.

Die aufnehmenden Länder sind überlastet und wehren sich oft vergeblich gegen die verstärkten Abschiebungen aus Deutschland. Die Welt stöhnt unter der Last der Pandemie, aber Deutschland hört nicht hin und schiebt weiterhin ab.

Im Windschatten des Covid-19-Ausnahmestandes werden die Grenzen der Humanität und der Grundgedanke des Asyls ausgehöhlt und damit auch die Prozesse von Integration und Inklusion innerhalb der Gesellschaft unterlaufen.

Wir, Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft, aus Kirchen und Kultur, Sozialverbänden und Wirtschaft, Flüchtlingsorganisationen und Helfergruppen, politischen Parteien und Gewerkschaften, haben uns daher zusammen getan und fordern ein Abschiebemoratorium für die Dauer der Pandemie.

Wir appellieren an die Politiker*innen im Bundestag und in den Landtagen:

Haltet ein und stoppt die Abschiebungen während dieser globalen Krise.

Gebt Geflüchteten eine sichere und menschenwürdige Unterbringung. Schließt die Massenunterkünfte. Erlaubt ihnen Ausbildung und Arbeit und stellt Euch nicht den Grundsätzen von Gleichbehandlung und Chancengleichheit entgegen!

Nutzt die Zeit eines Moratoriums, um eine bessere und humanitäre Asylpolitik mit fairen Asylverfahren zu konzipieren, welche wirklich allen Schutz bieten, die ihn brauchen, welche Integration mit Bleiberecht verbindet.

Nur so schützen wir die in der UN-Menschenrechtscharta verankerten Prinzipien und die Menschenwürde aller.

Und nur so werden und können wir gemeinsam und solidarisch die Pandemie überwinden und in eine gute, gesunde und vielfältige Zukunft gehen, für uns alle.

Oberhausen, 19.5.2021

Joachim Ostrowski, Sp.

Und immer noch: Afghanistan ist nicht sicher!

Stoppt alle Abschiebungen nach Afghanistan!

Pressemitteilung vom 3.5.21 des bundesweiten Netzwerks
gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Ungeachtet der verheerenden Sicherheitslage und der massiven Ausbreitung des Covid19 Virus schiebt Deutschland weiter monatlich nach Afghanistan ab. In eines der unsichersten Länder der Welt¹. Immer und immer wieder.

Deutschland setzt seine monatlichen Abschiebungen nach Afghanistan fort.

Es gibt sowohl Gerichtsurteile² wie auch Beschlüsse der Regierungsparteien einzelner Bundesländer³ um die Abschiebungen auszusetzen. Und dennoch müssen wir jeden Monat wahrnehmen, was Abschiebungen nach Afghanistan bedeuten. Menschen werden fremdbestimmt außer Landes geschafft, in ein Land, das viele nur aus ihrer Kindheit kennen oder noch nie gesehen haben. Ein Land, in dem viele der Abgeschobenen keine Netzwerke oder Strukturen haben, die sie vor Obdach- und kompletter Mittellosigkeit bewahren. Die Situation in Afghanistan ist durch die Pandemie und durch den Krieg für jeden Menschen akut lebensbedrohlich!

Die gerichtlichen Entscheidungen bestätigen, dass derzeit sogar junge gesunde Männer nicht nach Afghanistan abgeschoben werden dürfen.

Auf dem Rücken von afghanischen Menschen wird im Vorwahlkampf Hardliner-Politik gemacht und immer wieder der Narrativ des Gefährders und Straftäters bedient, der nach Afghanistan abgeschoben wird. Abgesehen von der Tatsache, dass auch Menschen ohne Vorstrafen abgeschoben werden, verbietet sich die Abschiebung nach Afghanistan für alle Menschen. Deutschland hat nicht erst durch die seit 2001 stattfindende militärische Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan eine besondere Verantwortung den vor diesem Krieg geflohenen Menschen gegenüber.

¹ https://www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2020/10/GPI_2020_web.pdf

² <https://www.asyl.net/view/detail/News/rechtsprechungsuebersicht-pandemiebedingte-gefahrenlage-beirueckkehr-nach-afghanistan/>

³ Z.B. Berlin: https://parteitag.spd.berlin/cvtx_antrag/keine-abschiebungen-nach-afghanistan-und-syrien/

Ebenso hat sich Deutschland durch das Unterzeichnen der Genfer Konventionen und der New Yorker Erklärung dazu verpflichtet, Schutz suchenden Menschen diesen Schutz zu gewährleisten. Deutschland kommt seiner Verantwortung somit in doppelter Weise nicht nach!

Nicht nur werden Schutz suchende Menschen während einer globalen Pandemie abgeschoben, sondern auch in ein Land, in dem Krieg seit 40 Jahren herrscht und in dem die zukünftige Sicherheitslage nach dem Abzug der Truppen völlig unvorhersehbar ist. Der Schutz von Menschenleben während einer globalen Pandemie einzigartigen Ausmaßes kann nicht an nationalen Grenzen halt machen und vom Aufenthaltsstatus oder der Nationalität abhängen. Wir lassen nicht zu, dass sich die Öffentlichkeit an Abschiebungen nach Afghanistan gewöhnt. Unsere Forderung bleibt bestehen:

Keine Abschiebungen nach Afghanistan! Afghanistan ist nicht sicher! #AfghanistanNotSafe

Oberhausen, den 19.05.21

Isabell Scholz, Sp.